



Uniper: Bundesregierung muss Klimaziele und Versorgungssicherheit priorisieren statt an fossile Konzerne zu verkaufen

- **Uniper vertagt Klimaziele und setzt fahrlässig weiter auf fossiles Gas**
- **Bundesregierung muss Strategie für den Gasausstieg bis 2035 festlegen**
- **Geplante Reprivatisierung gefährdet Klimaziele und Versorgungssicherheit**

Berlin, 07.05.2025. Anlässlich der morgigen Hauptversammlung von Uniper kritisieren die zivilgesellschaftlichen Organisationen **urgewald**, **communia** und der **Dachverband der Kritischen Aktionär*innen** das fahrlässige Festhalten am klimaschädlichen Geschäftsmodell und die geplante Reprivatisierung, die auch systemkritische Infrastruktur beinhalten würde.

Die NGOs sehen keinerlei Fortschritt bei Uniper, sich von fossilen Energieträgern zu lösen. Im Gegenteil: **Uniper vertagt die eigenen Klimaziele** (Scope 1 und 2) von 2035 auf 2040. Zudem schloss das staatlich kontrollierte Unternehmen neben bereits bestehenden Langfrist-Gaslieferverträgen mit der staatlichen, aserbaidischen Ölgesellschaft SOCAR und dem australischen Konzern Woodside in den letzten Monaten **weitere klimaschädliche Gasimport-Verträge** mit Woodside und ConocoPhillips ab. Diese Gasimporte stehen im Kontext von Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen und zementieren den fossilen Lock-In bis zum Ende der 2030er Jahre. Passend dazu: Uniper will auch in großem Stil neue ‚wasserstofffähige‘ Gaskraftwerke bauen. Doch grüner Wasserstoff ist absehbar nicht in ausreichenden Mengen verfügbar. Zudem ist die Technologie, um größere Gaskraftwerke komplett auf Wasserstoff umzustellen, noch nicht ausgereift und ebenfalls nicht verfügbar. Diese technischen und wirtschaftlichen Risiken deuten darauf hin, dass Uniper die angebliche „**Wasserstofffähigkeit**“ **vorrangig dazu verwendet, weitere Investitionen in fossile Gasinfrastruktur zu legitimieren.**

Moritz Leiner, Energie-Campaigner bei urgewald, fordert: „Die Bundesregierung hat bisher die Chance verpasst, bei Deutschlands größtem Energieversorger Uniper ein nachhaltiges Geschäftsmodell aufzubauen. Statt diesen fossilen Kurs weiter laufen zu lassen, muss die Bundesregierung endlich Verantwortung übernehmen. Der Bund muss umgehend das [Klimaschutzgebot bei der Verwaltung von Unternehmensbeteiligungen](#) umsetzen. Bis 2035 muss Uniper sein fossiles Gasgeschäft beenden und auf einen 1,5 °C-kompatiblen Pfad kommen.“

Im Fall einer drohenden Reprivatisierung bleibt zu befürchten, dass die **kurzfristige Gewinnerzielung im Fokus der neuen Eigentümer** stehen wird. Vor diesem Hintergrund läuft Uniper Gefahr, statt der dringend nötigen Transformation in Richtung Ausbau der erneuerbaren Energien weiter abhängig vom nicht zukunftsfähigen Geschäft mit fossilem Gas zu bleiben. **In Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen und steigender Unsicherheit ist es fahrlässig, die Reprivatisierung von Uniper und dessen kritischer Infrastruktur voranzutreiben.**

Systemkritische Infrastruktur gehört stattdessen in öffentliche Hand und sollte eine sozial-ökologischen Transformation im Sinne des Gemeinwohls durchlaufen.

Justus Henze, Referent bei communia, fordert: „Die geplante, teilweise Reprivatisierung von Uniper ist fahrlässig, da dadurch kritische und für die Versorgungssicherheit systemrelevante Infrastruktur in die Hand unverantwortlicher Investoren wie etwa dem Staat Katar oder wie dem berüchtigten Daniel Křetínský fällt. In Zeiten steigender Energiepreise und zunehmender globaler Unsicherheiten sind die Pläne der alten Bundesregierung ein Zeichen organisierter Verantwortungslosigkeit und gefährden die deutschen Klimaziele und die Versorgungssicherheit. Wir fordern den Bund auf, alle Privatisierungspläne zu stoppen, mit der EU in Verhandlungen über Alternativen zu gehen und Uniper bei der Dekarbonisierung des Unternehmens in öffentlicher Hand zu unterstützen.“

communია-Konzeptpapier für den sozial-ökologischen Umbau von Uniper in öffentlicher Verantwortung als Alternative zur Reprivatisierung: https://communია.de/wp-content/uploads/communია_Vergesellschaftung-statt-Reprivatisierung.pdf

Gegenanträge des Dachverbands Kritische Aktionärinnen und Aktionäre:
<https://www.kritischeaktionaere.de/uniper/fossiler-lock-in-statt-aufbruch-in-erneuerbare-energien-unsere-gegenantraege/>

Kontakte:

Moritz Leiner - Campaigner Energie und Finanzen - urgewald - moritz.leiner@urgewald.org - +49 157 32824032

Justus Henze - Referent für öffentliches Eigentum und Vergesellschaftung im Energiesektor - communია - justus@communია.de - Telefon: +49 15255915156

Tilman Massa, Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre,
[dachverband\[at\]kritischeaktionaere.de](mailto:dachverband[at]kritischeaktionaere.de), Telefon: 0221 599 56 47, Mobil: 0173 713 52 37

Hintergrund:

Seit Gründung von Uniper durch die Abspaltung von E.ON hat das Unternehmen keine erkennbaren Schritte unternommen, um einen tiefgreifenden Wandel des Geschäftsmodells weg von fossilen Energien umzusetzen. Stattdessen hat Uniper die enorme Abhängigkeit von russischem Gas vorangetrieben und selbst nach Beginn des russischen Angriffskriegs noch auf Gazprom als verlässlichen Partner für Gaslieferungen beharrt. Durch den zunächst teilweisen und dann völligen Gaslieferstopp von [Gazprom](#) stand Uniper vor der Insolvenz. Der Konzern wurde dann durch den Bund mit einem milliardenschweren Stabilisierungspaket gerettet und fast komplett verstaatlicht. Im [Koalitionsvertrag](#) der kommenden schwarz-roten Bundesregierung vom April 2025 hatten sich Union und SPD darauf verständigt, „strategische staatliche Beteiligungen im Energiesektor“ zu prüfen und „erworbene Staatsbeteiligungen [...] auf strategische Anteile des Bundes zurückführen“.